

4. November 2006

www.wien-heute.at - Die aktuelle Tageszeitung im Internet

Kostenexplosion bei Lobau-Autobahn zu erwarten Autobahnbau in Nordost-Österreich kostet sechs Milliarden Euro. Kommt jetzt Pkw-Maut?

Die Umweltorganisation Greenpeace rechnet mit einer Kostenexplosion bei der Errichtung der Lobau-Autobahn. "Für die Donau- und Lobau-Untertunnelung wären laut Asfinag Investitionen von 1,63 Milliarden Euro notwendig. Allerdings muss bei komplizierten Infrastrukturprojekten mit einer Kostenüberschreitung von über 30 Prozent gerechnet werden.

Dies würde 550 Millionen Euro Zusatzkosten bedeuten. Insgesamt käme die gesamte Wien-Umfahrung und die anschließende Nordost-Autobahn damit auf mehr als 6 Milliarden Euro", fürchtet Greenpeace-Verkehrssprecher Jurrien Westerhof.

Laut einer von der dänischen Universität Aalborg erstellten Studie über mangelhafte Kostenschätzung bei öffentlichen Bauprojekten werden bei großen Infrastrukturprojekten die budgetierten Kosten im Schnitt um rund ein Drittel überschritten. Grund ist zumeist, dass bei der Projektplanung die Kosten bewusst niedrig angesetzt werden, um die erforderliche politische Unterstützung nicht zu gefährden. Gerade beim Lobau-Tunnel ist die Gefahr einer Kostenexplosion sehr groß: erste Probebohrungen ergaben, dass die Bodenbeschaffenheit weit problematischer ist als bisher angenommen.

Eurofighter kosten nur ein Drittel

Die veranschlagten Kosten für die derzeit geplanten Autobahn-Abschnitte in Nordost-Österreich betragen rund 4,4 Milliarden Euro: 1,63 Milliarden Euro für den Lobau-Tunnel, 700 Millionen für die Donauquerung zwischen der A22 in Kaisermühlen und der A4 in Simmering, 600 Millionen für die Nordostautobahn und zusätzliche 1,5 Milliarden Euro für weitere Abschnitte in Wien und Niederösterreich. Zieht man eine Kostenüberschreitung von einem Drittel ins Kalkül, ist mit einer Gesamtsumme von rund 6 Milliarden Euro zu rechnen. Zum Vergleich: die Einnahmen aus den Studiengebühren betragen jährlich 140 Millionen Euro, die Gesamtkosten für die Eurofighter zwei Milliarden Euro.

Jetzt doch PKW-Maut?

Die Asfinag-Verschuldung würde durch die geplanten Straßenprojekte auf bis zu 16 Milliarden anwachsen. Das entspricht einem Zehntel der österreichischen Staatsverschuldung.

Laut Asfinag ist ein Abbau der Unternehmens-Schulden bis 2047 geplant. "Nach letzten Experten-Berechnungen reichen die globalen Erdölvorräte bis 2048 - ein Jahr zuvor erst will die Asfinag ihre Schulden abgebaut haben. Wie hoch sollen die Mauten werden, damit sich der Schuldenabbau rechtzeitig ausgeht?", fragt Westerhof.

Gusenbauer-Vorschlag ist unvernünftig

SPÖ-Obmann Alfred Gusenbauer hat im Rahmen der Koalitionsverhandlungen angekündigt, zusätzliche 2 Milliarden Euro aus dem Budget für Straßenbaupläne zur Verfügung stellen zu wollen. "Dies ist ein äußerst unvernünftiger Vorschlag", so Westerhof. "Die SPÖ wäre besser beraten, darüber nachzudenken, wie dringende Verkehrsprobleme gelöst werden können,

ohne auf Pump Autobahnen zu bauen und damit die ohnehin dramatischen CO₂-Emissionen weiter ansteigen zu lassen. Es kann nicht sein, dass Österreich zwar auf internationaler Ebene Kostenwahrheit einfordert, zu Hause aber nicht einmal ansatzweise Autobahnen kostendeckend bauen kann", schließt Westerhof.

Link zum Online-Artikel:

<http://www.wien-heute.at/index.php?pid=19267>